

12 November 2014

IMABE: Kultur des Beistands statt Suizidbeihilfe

Kirchliches Bioethikinstitut: Schutz des Lebens steht über Demokratie - Warnung vor Heroisierung der Selbsttötung und vor unkontrollierbaren Folgen

Wien (kath.net/KAP) Eine klare Absage zu ärztlicher Beihilfe zur Selbsttötung hat das Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE) gegeben. Statt um Einzelfälle gehe es in der Debatte um aktive Sterbehilfe "um die Frage, wie wir als Gesellschaft in Zukunft leben wollen", erklärte das Wiener kirchliche Bioethikinstitut in einer Stellungnahme zur Parlamentsenquete am Freitag. Der Schutz verletzbarer Personen vor Tötung oder Beihilfe zur Selbsttötung müsse "Fundament der Rechtsordnung" bleiben und ein klares Bekenntnis der Politik "gegen eine Tötungslogik und für eine Kultur des Beistands" sei nötig. Andernfalls seien Menschenwürde, Solidarität und der Respekt vor einer richtig verstandenen Autonomie in Gefahr.

Begründet wird die Ablehnung der Legalisierung von Suizidbeihilfe einerseits durch die stark steigende Fallzahl, die eine derartige Vorgangsweise in den Benelux-Staaten, in der Schweiz oder auch im US-Bundesstaat Oregon ausgelöst hat, sowie weitere Aufweichungen wie etwa der "Altersfreitod" für lebensmüde Pensionisten. In diesen Ländern werde das Recht auf begleiteten Selbstmord zur "Pflicht zum sozialverträglichen Frühableben", da pflegebedürftige Menschen wie auch ein Gesundheitssystem, das sich Therapie und Pflege noch leistet, schnell unter Rechtfertigungsdruck kämen.

"Gefährlich" argumentiere, wer es jeder Generation demokratiepolitisch selbst überlassen wolle, ob sie Tötung auf Verlangen erlaube oder nicht. "Der Schutz des Lebens ist ein vorpolitisches Recht. Es steht also über der Demokratie, deshalb kann man darüber auch nicht abstimmen", heißt es in der Stellungnahme.

Neue Grauzonen drohen

Gesetze hätten wichtige Schutzfunktion, weshalb Politiker genau um die gesellschaftliche Signalwirkung einer Aufhebung des Tötungsverbotes wissen sollten, so die IMABE-Forderung. Das Erlauben einer Tötung unter bestimmten Bedingungen öffne bloß das Tor für nicht mehr kontrollierbare Entwicklungen - wie etwa "die Tötung auf Verlangen und damit de facto die Tötung auch ohne ausdrückliches Verlangen der Patienten". Nicht Transparenz, sondern neue Grauzonen und Dunkelziffern würden somit entstehen, beweise das Beispiel der Niederlande, wo bei den Ärzten die Hemmschwelle zu töten stark gesunken sei und laut Studien 23 Prozent der bewilligungspflichtigen Sterbehilfefälle von ihnen nicht gemeldet würden.

Suizidgefährdete wollten nicht dem Leben, sondern dem Leiden entrinnen, so das Bioethikinstitut, "sie wollen nicht nicht leben, sondern anders leben". Belegt sei dies auch durch Studienergebnisse, denen zufolge nicht körperlicher Schmerz Hauptmotiv für den Todeswunsch ist, sondern psychische Belastungen wie Depression, Hoffnungslosigkeit oder Angst. "Die Antwort auf Depressionen und Hoffnungslosigkeit kann aber nicht Tötung sein, sondern ruft nach medizinischer Hilfe, Beratung und Beistand", betont IMABE.

Suizid keine Privatsache

Kritisch äußerte sich das Institut gegenüber jeglicher Überhöhung der Autonomie und der Heroisierung des selbstbestimmten Todes: Sie übersehe die existenziell soziale Dimension des Menschen, der immer auf andere angewiesen und in eine Gemeinschaft eingebunden sei. "Suizid ist nicht bloß Privatsache. Kein Mensch wird für sich allein geboren, kein Mensch lebt für sich allein - und kein Mensch stirbt für sich allein", so das Statement im Wortlaut.

Das Angebot assistierten Selbstmords wäre "der menschenverachtendste Ausweg, um sich der Solidarität mit den Schwächsten zu entziehen", sowie "moralische Bankrotterklärung einer Kultur, die ihre Kompetenz im Umgang mit Leidenden verloren hat und im Rückzugsgefecht die legale Tötung als Befreiung feiert". Es sei ferner niemals Aufgabe von Ärzten, Tötungsgehilfen zu sein. Wo Tod zur professionellen Dienstleistung werde, schlage die Sterbekultur in eine Kultur des Todes um.

Zu Recht Sorge für Kritik, "dass die Debatte um Legalisierung des assistierten Suizids ausgerechnet dann geführt wird, wenn Österreich nach Ansicht von Experten noch nicht einmal seine Hausaufgaben in Sachen Palliativversorgung und Hospiz erfüllt hat", so das kirchliche Bioethikinstitut.

Notwendig sei es, die Aus- und Weiterbildung von Ärzten und Pfleger zu verbessern, zeige sich menschliche Medizin doch "in der professionellen Kompetenz, Therapien zurückzufahren, wo keine Aussicht auf Heilung besteht, Therapieziele zum Wohle des Patienten ändern zu können, Maßnahmen zur Schmerzlinderung zu verbessern sowie Ressourcen in der Kommunikation und Empathie in der Begleitung und Behandlung Schwerkranker zu stärken".

Copyright 2014 Katholische Presseagentur, Wien, Österreich Alle Rechte vorbehalten.